

Niederschrift

über die 12. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Kreisausschusses am Mittwoch, dem 22.03.2023 im großen Sitzungssaal des Kreishauses I, Friedrich-Ebert-Straße 7, 48653 Coesfeld

Beginn: 16:30 Uhr

Ende: 18:05 Uhr

Anwesenheit:

Vorsitzender des Kreisausschusses

Landrat Schulze Pellengahr, Christian, Dr.

CDU-Kreistagsfraktion

Danielczyk, Ralf

(Vertretung für Herrn Franz Pohlmann)

Holz, Anton

(Vertretung für Frau Anna Maria Willms)

Klaus, Markus

Kleerbaum, Klaus-Viktor

Löcken, Claus

(Vertretung für Herrn Hans-Peter Egger)

Lütkecosmann, Josef

Schulze Esking, Werner

Selhorst, Angelika

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Kreistagsfraktion

Jansen, Patrick

Raack, Mareike

Spräner, Uta

Vogelpohl, Norbert

SPD-Kreistagsfraktion

Pohlschmidt, Anke

Vogt, Hermann-Josef

Waldmann, Johannes

FDP-Kreistagsfraktion

Schäfer, Sabine

UWG-Kreistagsfraktion (beratend)

Kirstein, Günter, Dr.

(Vertretung für Herrn Heinz-Jürgen Lunemann)

Verwaltung

Kreisdirektor Tepe, Linus, Dr.

Helmich, Ulrich

Schütt, Detlef

Grotke, Jutta

Boehle, Jens

Strotmann, Sabrina

Vöcking, Luca

Landrat Dr. Christian Schulze Pellengahr eröffnet die Sitzung mit Grußworten an die Mitglieder des Kreisausschusses, die Vertreter der Verwaltung, die Presse und die Zuhörer.

Gem. § 5 der GeschO stellt Landrat Dr. Christian Schulze Pellengahr sodann fest, dass der Kreisausschuss

- a) gem. § 1 (1) GeschO ordnungsgemäß geladen und
- b) gem. § 52 Absatz 2 KrO beschlussfähig ist.

Landrat Dr. Schulze Pellengahr weist auf folgende auf den Tischen ausliegende Unterlagen hin:

- Beschlussempfehlungen der vorberatenden Fach-Ausschüsse
- Tabelle „Sonderzahlungen im Zusammenhang mit der Corona-Krise bzw. den Folgen des Ukraine-Krieges in den Haushaltsjahren 2022/2023“ – Anlage zu Mitteilungsvorlage

Es wird sodann nach folgender Tagesordnung beraten und beschlossen:

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Einführung einer Ersthelfer-App
Vorlage: SV-10-0799
- 2 Förderschule Bischöfliche Stiftung Haus Hall - Finanzierung eines Erweiterungsbaus
Vorlage: SV-10-0803
- 3 Endgültige Aufteilung der SGB II - Eingliederungsmittel 2023
Vorlage: SV-10-0820/1
- 4 Resolution zur aufgabenadäquaten Finanzausstattung der Träger der Eingliederungshilfe im Rahmen der Teilhabe für alle durch Inklusion
Vorlage: SV-10-0796
- 5 Baubeschluss zur Abwicklung der Radwegbaumaßnahme an der K 46 (Borkener Str.) in Coesfeld
Vorlage: SV-10-0821
- 6 Abwicklung einer Radwegbaumaßnahme an der K 8 AN 2 (Füchtelner Mühle) in Olfen
Vorlage: SV-10-0823
- 7 Beschluss zum Kauf eines Radwegfahrzeuges für den Straßenunterhaltungsdienst
Vorlage: SV-10-0822
- 8 Antrag der Fraktion BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN "Verkehrswertgutachten bei Immobiliengeschäften des Kreises Coesfeld"
Vorlage: SV-10-0854
- 9 Neubau der Kreisleitstelle / Erweiterung des Kreishauses I: Sachstandsbericht
Vorlage: SV-10-0842

- 10 Errichtung eines Parkhauses auf dem kreiseigenen Grundstück an der Friedrich-Ebert-Str.: Sachstandsbericht
Vorlage: SV-10-0843
- 11 Interkommunale Zusammenarbeit; hier Errichtung und Betrieb eines Kreiszentralarchivs und Abschluss einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung nach dem GkG NRW
Vorlage: SV-10-0835
- 12 Heimatpreis; neue Förderperiode
Vorlage: SV-10-0851
- 13 Fortführung der geförderten Gigabitkoordination - früher Breitbandkoordination
Vorlage: SV-10-0834/1
- 14 European Energy Award - Umsetzung des energiepolitischen Arbeitsprogramms mit Maßnahmenplan
Vorlage: SV-10-0836
- 15 Initiierung einer Machbarkeitsstudie zur Etablierung einer Pyrolyse-Anlage im Kreis Coesfeld
Vorlage: SV-10-0845
- 16 T612 Ortsverkehr Senden: Wechsel des Linienbündels
Vorlage: SV-10-0856
- 17 Weiterentwicklung des ÖPNV und Nachhaltige Pendlermobilität; Teilnahme am Wettbewerb "ways2work" des Ministeriums für Umwelt, Naturschutz und Verkehr des Landes NRW:
Vorlage: SV-10-0841
- 18 Einführung eines Deutschlandtickets und Auswirkungen auf bestehende weitere Tarifprodukte
Vorlage: SV-10-0847
- 19 Übernahme einer Ausfallbürgschaft zugunsten der Regionalverkehr Münsterland GmbH
Vorlage: SV-10-0781
- 20 Kapitalerhöhung verbunden mit einer Satzungsänderung bei der Tarifgemeinschaft Münsterland - Ruhr-Lippe GmbH aufgrund des Beitritts des Kreises Steinfurt
Vorlage: SV-10-0790
- 21 Wahl der Vertrauenspersonen für die Wahl der Schöffinnen, Schöffen, Jugendschöffinnen und Jugendschöffen für die Amtsgerichte Coesfeld, Dülmen und Lüdinghausen
Vorlage: SV-10-0785
- 22 Genehmigung einer Dienstreise für die Teilnahme an einer Delegationsreise nach Riga vom 12. bis 15. Juni 2023
Vorlage: SV-10-0786
- 23 Satzung des Kreises Coesfeld über die Benutzung des Rettungsdienstes und die Erhebung von Gebühren für das Jahr 2023
Vorlage: SV-10-0826
- 24 Änderung des Rettungsdienstbedarfsplans
Vorlage: SV-10-0825

- 25 Stellenplan 2023 – Aufhebung eines Sperrvermerkes
Vorlage: SV-10-0846
- 26 Mitteilungen des Landrats
- 27 Anfragen der Ausschussmitglieder

Nichtöffentlicher Teil

- 1 Verabschiedung des Katastrophenschutzplanes des Kreises Coesfeld
Vorlage: SV-10-0813
- 2 Besetzung der Stelle der Schulleitung an der Steverschule, Förderschule des Kreises Coesfeld, in Nottuln
Vorlage: SV-10-0788
- 3 Besetzung der Stelle der Schulleitung an der Pestalozzischule, Förderschule des Kreises Coesfeld, in Dülmen
Vorlage: SV-10-0789
- 4 Besetzung der Stelle der Schulleitung am Richard-von-Weizsäcker-Berufskolleg des Kreises Coesfeld
Vorlage: SV-10-0801
- 5 Erwerb der Pestalozzischule Coesfeld
Vorlage: SV-10-0777
- 6 Vergabeentscheidung für die Produktion, Lieferung und Montage von touristischen Ausstattungsgegenständen / Mobiliar im Rahmen des EFRE-Projektes Schlösser- und Burgenregion Münsterland
 - a) Dringlichkeitsentscheidung gem. § 50 Abs. 3 Satz 2 KrO NW
 - b) Genehmigung gem. § 50 Abs. 3 Satz 3 KrO NWVorlage: SV-10-0804
- 7 Mitteilungen des Landrats
- 8 Anfragen der Ausschussmitglieder
- 9 Presseveröffentlichungen

Im nicht öffentlichen Teil gibt es keine Anfragen von Ausschussmitgliedern und keine Presseveröffentlichungen.

TOP 1 öffentlicher Teil

SV-10-0799

Einführung einer Ersthelfer-App

Dezernent Helmich erläutert, dass die Sitzungsvorlage in der Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Klimaschutz, öffentliche Sicherheit und Ordnung am 15.03.2023 zunächst zurückgestellt worden sei. In der Sitzung habe es die Bitte nach ergänzenden Informationen gegeben. Mit Schreiben vom 21.03.2023 seien den Ktabg. diese zusätzlichen Informationen zugeleitet worden. Hierbei hätten die wesentlichen Fragen beantwortet werden können. Bundesweite Daten über die Anzahl von Einsätzen und Ersthelfern seien aufgrund des Umfangs der notwendigen statistischen Auswertungen nicht zeitnah zu ermitteln.

Landrat Dr. Schulze Pellengahr ergänzt, dass die Einführung einer Ersthelfer-App eine gute Möglichkeit zur flankierenden Unterstützung der Rettungsdienste darstelle. Zwar seien die finanziellen und insbesondere für die Einführung einer entsprechenden App personellen Auswirkungen nicht zu unterschätzen. Auch im Anschluss daran würden voraussichtlich weitere Kosten, beispielsweise für Lizenzen, entstehen. Unter Beachtung der Rückmeldung des Kreises Borken sei eine Ersthelfer-App dennoch empfehlenswert. Es stelle sich die Frage, ob die nun vorliegenden Informationen zur Entscheidungsfindung ausreichen.

Ktabg. Schulze Esking äußert, dass die vorliegenden Informationen ausreichen. Die grundlegende Entscheidung habe nie in Frage gestanden. Die im Ausschuss angefragten Informationen lägen dem Kreisausschuss nun vor.

Ktabg. Waldmann dankt Dezernent Helmich für die geleistete Arbeit. Es sei ein guter Zeitpunkt für die Einführung einer Ersthelfer-App, man befinde sich hier immernoch in einer Vorreiterrolle. Zwar werde die App gewisse Kosten verursachen, schaffe dafür jedoch auch einen konkreten Mehrwert.

Beschluss:

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag folgenden Beschlussvorschlag:

- 1) Die Verwaltung wird beauftragt, die Einführung und Implementierung einer App-unterstützten Ersthelferalarmierung voranzubringen.
- 2) Die Verwaltung wird beauftragt, eine entsprechende Projektstelle zur Einführung und Implementierung einer Ersthelfer-App einzurichten.

Form der Abstimmung: offen per Handzeichen

Abstimmungsergebnis: einstimmig

TOP 2 öffentlicher Teil

SV-10-0803

Förderschule Bischöfliche Stiftung Haus Hall - Finanzierung eines Erweiterungsbaus**Beschluss:**

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag folgenden Beschlussvorschlag:

1. Der Sachstand zur Finanzierung eines geplanten Erweiterungsbaus der Förderschule Haus Hall in Gescher wird zur Kenntnis genommen.
2. Der in der Sitzungsvorlage dargestellten Finanzierungsbeitrag wird - unter dem Vorbehalt, dass sich das Land entsprechend der in der Sachdarstellung beschriebenen Weise an der Finanzierung beteiligt - zugestimmt.

Form der Abstimmung: offen per Handzeichen

Abstimmungsergebnis: einstimmig

TOP 3 öffentlicher Teil

SV-10-0820/1

Endgültige Aufteilung der SGB II - Eingliederungsmittel 2023

Landrat Dr. Schulze Pellengahr erläutert, dass aufgrund einer Mitteilung des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales vom 22.03.2023 eine nachträgliche Anpassung der Sitzungsvorlage notwendig geworden sei. Diese berücksichtige zusätzliche Mittel, die dem Teilbudget VIII. – „Spezielle Angebote für Flüchtlinge“ zugeschlagen worden seien.

Beschluss:

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag folgenden Beschlussvorschlag:

Die Bundesmittel für die berufliche Eingliederung sollen für das Jahr 2023 – vorbehaltlich finanzieller und rechtlicher Änderungen und der Bedarfe – wie folgt auf die Teilbudgets aufgeteilt werden:

I.	Eingliederungsleistungen aus dem Vermittlungsbudget:	160.400,00 €
II.	Maßnahmen zur Aktivierung und berufl. Eingliederung:	2.485.230,00 €
III.	Leistungen zur beruflichen Eingliederung:	1.105.000,00 €
IV.	Bildungsgutscheine:	789.000,00 €
V.	JobPerspektive § 16e SGB II a.F.:	146.122,00 €
VI.	Freie Förderung § 16f:	173.000,00 €
VII.	Förderung § 16h:	300.000,00 €
VIII.	Spezielle Angebote für Flüchtlinge:	432.000,00 €
	zzgl. zusätzlicher Mittel lt. Mitteilung BMAS v. 22.02.2023*	184.925,00 €
IX.	Erstattungen aus Vorjahren:	24.000,00 €
Summe:		5.614.752,00 €
Neue Gesamtsumme*		5.799.677,00 €

* Nach Mitteilung des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales vom 22.02.2023 hat der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages eine Verstärkung der Leistungen zur Eingliederung in Arbeit zugestimmt. Mit Inkrafttreten der noch umzusetzenden Änderungsverordnung zur Eingliederungsmittel-Verordnung 2023 werden dem Kreis Coesfeld zusätzliche Mittel in Höhe von 184.925 € zur Verfügung gestellt. Dieser Betrag wird vollständig zur Verstärkung dem Teilbudget VIII – Spezielle Angebote für Flüchtlinge – zugeschlagen.

Die abschließende Beschlussfassung im Kreistag erfolgt nach den Beratungen im Örtlichen Beirat, im Ausschuss für Arbeit, Soziales, Senioren und Gesundheit sowie im Kreisausschuss.

Form der Abstimmung: offen per Handzeichen

Abstimmungsergebnis: einstimmig

TOP 4 öffentlicher Teil

SV-10-0796

Resolution zur aufgabenadäquaten Finanzausstattung der Träger der Eingliederungshilfe im Rahmen der Teilhabe für alle durch Inklusion

Landrat Dr. Schulze Pellengahr erläutert, dass der LWL ein großer Kostenträger im Bereich der Eingliederungshilfe sei. Dementsprechend sei die Forderung nach einer aufgabenadäquaten Finanzausstattung der Träger der Eingliederungshilfe auch von Bedeutung für die Höhe der u.a. durch den Kreis Coesfeld zu leistenden Landschaftsumlage. Zwar sei der Umgang mit Resolutionen eher zurückhaltend. In diesem Sachverhalt bestehe aber eine große finanzielle Bedeutung, die für die Verabschiedung der vorliegenden Resolution spreche.

Beschluss:

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag folgenden Beschlussvorschlag:

Der Kreistag des Kreises Coesfeld schließt sich der von der Landschaftsversammlung Westfalen-Lippe am 20.12.2022 beschlossenen Resolution zur aufgabenadäquaten Finanzausstattung der Träger der Eingliederungshilfe an und fordert die Bundesregierung wie auch die Landesregierung Nordrhein-Westfalen auf, die kommunale Familie finanziell zu entlasten, da ansonsten eine Handlungsunfähigkeit der Städte und Gemeinden wie auch der Kreise und Landschaftsverbände droht.

Form der Abstimmung: offen per Handzeichen

Abstimmungsergebnis: einstimmig

TOP 5 öffentlicher Teil

SV-10-0821

Baubeschluss zur Abwicklung der Radwegbaumaßnahme an der K 46 (Borkener Str.) in Coesfeld

Ktabg. Vogt erkundigt sich, wie der aktuelle Stand der Verwaltung im Hinblick auf bauliche Maßnahmen für das Reststück des Fahrradwegs in Richtung Gescher sei.

Kreisdirektor Dr. Tepe führt aus, dass die Verwaltung aufgrund der geplanten Erweiterung der Fa. Westfleisch zurzeit bezüglich weiterer Baumaßnahmen abwarte. Aktuell befinde sich der entsprechende Abschnitt des Fahrradwegs in einem mäßigen Zustand. Bei einer nächsten Begutachtung in zwei bis drei Jahren würden Baumaßnahmen voraussichtlich erforderlich werden.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, die notwendigen Maßnahmen für die grundhafte Erneuerung des Radweges an der K 46 (Borkener Str.) in Coesfeld (Länge ca. 400 m) zu veranlassen.

Form der Abstimmung: offen per Handzeichen

Abstimmungsergebnis: einstimmig

TOP 6 öffentlicher Teil

SV-10-0823

Abwicklung einer Radwegbaumaßnahme an der K 8 AN 2 (Füchtelner Mühle) in Olfen**Beschluss:**

Die Verwaltung wird beauftragt, die notwendigen Schritte für den Bau eines Radweges an der K 8 AN 2 (Länge ca. 100 m) im Bereich der Füchtelner Mühle zu veranlassen.

Die Maßnahmen soll kurzfristig zum Förderprogramm angemeldet werden. Kostenübernahme und Abwicklung erfolgen über die Stadt Olfen.

Perspektivisch soll aber der Ausbau der Brücken über die Stever bzw. die Umflut im Zuge der K 8, gg auch als konkurrierende Fördermaßnahme, weiterhin Priorität haben.

Form der Abstimmung: offen per Handzeichen

Abstimmungsergebnis: einstimmig

TOP 7 öffentlicher Teil

SV-10-0822

Beschluss zum Kauf eines Radwegefahrzeuges für den Straßenunterhaltungsdienst**Beschluss:**

Die Verwaltung wird beauftragt die notwendigen Schritte für die Ersatzbeschaffung eines Radwegefahrzeuges einschl. Anbaugeräte einzuleiten und nach den Regeln des Vergaberechts zu vollziehen.

Die Zustimmung erfolgt mit der Maßgabe, dass eine Auftragsvergabe erst erfolgen darf, wenn der Haushalt 2023 seine Rechtskraft erlangt hat.

Form der Abstimmung: offen per Handzeichen

Abstimmungsergebnis: einstimmig

TOP 8 öffentlicher Teil

SV-10-0854

Antrag der Fraktion BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN "Verkehrswertgutachten bei Immobiliengeschäften des Kreises Coesfeld"

Ktabg. Vogelpohl erläutert, dass entgegen einer üblichen Marktsituation von Angebot und Nachfrage bei Immobiliengeschäften häufig Monopolisten als Käufer bzw. Verkäufer auftreten würden. Die daraus resultierenden Preisentwicklungen seien oftmals nur schwer nachzuvollziehen. Verkehrswertgutachten sollen der Politik daher zur besseren Beurteilung dienen.

Landrat Dr. Schulze Pellengahr äußert, dass es auf das jeweilige Verfahren ankomme. In den jeweiligen Ausschüssen erfolge weiterhin bereits eine Vorberatung und entsprechende Empfehlungen an die Kreistagspolitik.

Ktabg. Kleerbaum fragt, warum man von dem bisherigen Verfahren abweichen wolle. Schließlich habe man hier bisher eine gute Praxis gehabt. Es erfolge eine ausreichende Information hinsichtlich der Immobiliengeschäfte, insoweit sei ein Verkehrswertgutachten lediglich eine Formalie.

Ktabg. Vogelpohl entgegnet, dass das bisherige Verfahren nicht einheitlich für alle Grundstücke gehandhabt werde. Außerdem zähle hier nicht nur das Informationsbedürfnis einer einzigen Fraktion.

Frau Schäfer sehe keinen Mehrwert in einem Verkehrswertgutachten. Die im jeweiligen Verfahren vorgelegten Informationen seien bislang ausreichend gewesen. Weiterhin kosteten Verkehrswertgutachten aufgrund der Vereinheitlichung von Verfahren Flexibilität, die hier jedoch erforderlich sei.

Landrat Dr. Schulze Pellengahr führt aus, dass man bei einer Festlegung auf ein bestimmtes Gutachten in Projekten nicht vorankäme. Häufig ginge es bei Immobiliengeschäften eher um eine Kompromiss-suche.

Ktabg. Waldmann äußert, dass er bislang alle notwendigen Informationen erhalten habe, die Kosten und Zeit des Verfahrens seien dabei angemessen. In den Verhandlungen gäbe es häufig vielschichtige Ebenen, bei denen eine Formalie wenig hilfreich sei. Wichtiger sei, dass das Ergebnis passe.

Ktabg. Vogelpohl entgegnet, dass es bei dem Verkehrswertgutachten um die Beratung der Politik gehe, nicht um eine Beeinflussung des Verkaufsprozesses. Mit dem bisherigen Prozess sei man nicht ganz einverstanden.

Landrat Dr. Schulze Pellengahr antwortet, dass bei fehlenden Informationen eine entsprechende Nachfrage gestellt werden könne.

Beschluss:

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag folgenden Beschlussvorschlag:

Zum Erwerb und zur Veräußerung von Immobilien durch den Kreis Coesfeld ist zur Beschlussfassung dem Kreistag ein Verkehrswertgutachten vorzulegen, wenn sich auf Grundlage der Bodenrichtwerte ein Immobilienwert von mehr als 250.000 € ergibt.

Dieser Antrag wird vorgelegt gem. § 2 Absatz 1 der Geschäftsordnung des Kreistages des Kreises Coesfeld.

Form der Abstimmung: offen per Handzeichen

Abstimmungsergebnis:	4	JA-Stimmen
	13	NEIN-Stimmen
	0	Enthaltungen

TOP 9 öffentlicher Teil

SV-10-0842

Neubau der Kreisleitstelle / Erweiterung des Kreishauses I: Sachstandsbericht**Beschluss:**

Ohne.

Der Bericht der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

TOP 10 öffentlicher Teil

SV-10-0843

Errichtung eines Parkhauses auf dem kreiseigenen Grundstück an der Friedrich-Ebert-Str.: Sachstandsbericht

Ktabg. Vogelpohl äußert, dass die Sitzungsvorlage wenige konkrete Ausführungen und stattdessen viele Konjunktive enthalte. Er habe außerdem Bedenken hinsichtlich der Höhe des Parkhauses. Bei zehn Parkdecks werde die Höhe des Gebäudes sich auf 30 Meter belaufen, wodurch auch unmittelbare Anlieger deutliche Einschränkungen erfahren würden. Man solle daher auch eine Option des Parkhauses mit sechs Parkdecks berücksichtigen.

Landrat Dr. Schulze Pellengahr erläutert, dass es wie in der Sitzungsvorlage dargestellt bei einer politischen Entscheidung bleibe. Man habe sich hinsichtlich des Parkhauses aber dem Auftrag der Politik entsprechend mit der Stadt Coesfeld in einem engen Austausch befunden. Von dieser wurde ebenfalls der Wunsch nach einer größeren Anzahl von Parkplätzen geäußert.

Ktabg. Schäfer halte die Sitzungsvorlage für auf den Punkt gebracht. Sie zeige detailliert die Nachfrager von Parkplätzen auf. Angesichts des Mobilitätskonzepts der Stadt Coesfeld bestehe hier auch ein erkennbar hoher Bedarf. Für das Mobilitätskonzept sei das Parkhaus ideal und biete aufgrund der vorgesehenen Stellplätze auch für Fahrräder einen Mehrwert.

Ktabg. Kleerbaum führt aus, dass die bisherige Einbindung der Stadt Coesfeld sehr gut sei. Das Ergebnis bleibe abzuwarten. Es sei wichtig, die Vorbereitungen mit der Stadt weiter fortzuführen.

Ktabg. Vogt betont, dass die Besprechungen mit der Stadt Coesfeld auf Augenhöhe erfolgen müssten. Hinsichtlich der Höhe werde das Parkhaus keine 30 Meter erreichen, da es sich lediglich um Halbgeschosse und nicht um Vollgeschosse handle. Da das Parkhaus voraussichtlich schneller fertiggestellt werde als ein entsprechendes Parkhaus der Stadt, sei das vorliegende Projekt von besonderer Bedeutung.

Ktabg. Vogelpohl entgegnet, dass bisher unklar sei, ob das geplante Parkhaus der Stadt Coesfeld 180 oder 380 Parkplätze haben werde. Es könne daher nicht abgesehen werden, welcher Bedarf für das Parkhaus des Kreises Coesfeld bestehe.

Ktabg. Kleerbaum antwortet, dass die Zahlen mit der Stadt Coesfeld abgestimmt werden könnten. Man solle zunächst weiterplanen und anschließend entscheiden.

Landrat Dr. Schulze Pellengahr erläutert, dass die von der Christopherus-Klinik angefragten 200 Stellplätze voraussichtlich ohnehin nicht vollumfänglich zur Verfügung gestellt werden könnten. Insoweit sei die Planung der Stadt Coesfeld auch hinsichtlich einer größeren Zahl von Stellplätzen unproblematisch.

Beschluss:

Ohne.

Der Bericht der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

TOP 11 öffentlicher Teil

SV-10-0835

Interkommunale Zusammenarbeit; hier Errichtung und Betrieb eines Kreiszentralarchivs und Abschluss einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung nach dem GkG NRW

Landrat Dr. Schulze Pellengahr berichtet, dass die mögliche Einrichtung eines Kreiszentralarchivs interkommunal breit beraten wurde. Hierbei wurde die Bitte der beteiligten Städte und Gemeinden geäußert, das Projekt eines Kreiszentralarchivs weiterzuplanen. Lediglich die Städte Dülmen und Coesfeld hätten kein Interesse bekundet, dies könne sich zukünftig aber gegebenenfalls ändern.

Ktabg. Lütkecosmann erkundigt sich, inwieweit bei der Einrichtung eines Kreiszentralarchivs die kreiseigene Archivplanung an der Steverschule in Nottuln weiterverfolgt werde.

Landrat Dr. Schulze Pellengahr erklärt, dass weiterhin der Plan bestünde, einen Teil des Archivs an die Steverschule zu verlagern. Dieses Vorhaben sei losgelöst von den Beratungen zum Kreiszentralarchiv.

Ktabg. Waldmann äußert, dass er die Initiative begrüße. Durch ein Kreiszentralarchiv seien mehr Besuchende zu erwarten, außerdem könne hierdurch die Relevanz als Lernort gestärkt werden. Er wünsche den Beteiligten weiterhin viel Erfolg und freue sich das Projekt politisch weiter begleiten zu können.

Beschluss:

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag folgenden Beschlussvorschlag:

1. Der Bericht der Verwaltung über den Sachstand der beabsichtigten Interkommunalen Zusammenarbeit des Kreises Coesfeld und neun Städten und Gemeinden über die Errichtung und den Betrieb eines Kreiszentralarchivs wird zur Kenntnis genommen.
2. Die beabsichtigte Interkommunale Zusammenarbeit wird begrüßt und die Verwaltung beauftragt, den Abschluss einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung mit den neun kreisangehörigen Städten und Gemeinden zur Beschlussfassung in der Kreistagsitzung am 13.06.2023 vorzubereiten.

Form der Abstimmung: offen per Handzeichen

Abstimmungsergebnis: einstimmig

TOP 12 öffentlicher Teil

SV-10-0851

Heimatpreis; neue Förderperiode

Landrat Dr. Schulze Pellengahr teilt mit, dass die Fraktionen noch bis zur Sitzung des Kreistages entsprechende Anträge stellen können, um die Besetzung der bisher bestehenden Jury anzupassen.

Beschluss:

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag folgenden Beschlussvorschlag:

1. Der Kreis Coesfeld beteiligt sich auch in der neuen Förderperiode für die Jahre 2023 bis 2027 an dem vom Ministerium für Heimat, Kommunales, Bau und Digitalisierung des Landes NRW aufgelegten Förderprogramm „Heimat. Zukunft. Nordrhein-Westfalen. Wir fördern, was Menschen verbindet“ und verleiht im Zuge dieses Programms jährlich einen Heimat-Preis.
2. Der in der Begründung dargestellten Ausgestaltung des Heimat-Preises und der Staffelung des Preisgeldes wird zugestimmt.
3. Der bestehenden Zusammensetzung der Jury wird zugestimmt.

Form der Abstimmung: offen per Handzeichen

Abstimmungsergebnis: einstimmig

TOP 13 öffentlicher Teil

SV-10-0834/1

Fortführung der geförderten Gigabitkoordination - früher Breitbandkoordination**Beschluss:**

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag folgenden Beschlussvorschlag:

Die Gigabitkoordination wird vorbehaltlich einer Bewilligung durch die Bezirksregierung Münster (Gigabit.NRW) fortgeführt. Die notwendigen Schritte zur Fortführung der befristeten Stelle mit einem Stellenanteil von 50 Prozent für die Gigabitkoordination werden von der Kreisverwaltung eingeleitet.

Form der Abstimmung: offen per Handzeichen

Abstimmungsergebnis: einstimmig

TOP 14 öffentlicher Teil

SV-10-0836

European Energy Award - Umsetzung des energiepolitischen Arbeitsprogramms mit Maßnahmenplan**Beschluss:**

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag folgenden Beschlussvorschlag:

Das im Rahmen des European Energy Award (eea) erstellte energiepolitische Arbeitsprogramm einschließlich des Maßnahmenplans für die Jahre 2023 ff. wird beschlossen. Über die für die Umsetzung notwendigen Mittel ist im Rahmen der Haushaltsberatungen für die jeweiligen Haushaltsjahre zu entscheiden. Die Umsetzung der Projekte wird in den beschriebenen Zeiträumen durch das Klimaschutzmanagement zusammen mit dem Energieteam koordiniert.

Form der Abstimmung: offen per Handzeichen

Abstimmungsergebnis: einstimmig

TOP 15 öffentlicher Teil

SV-10-0845

Initiierung einer Machbarkeitsstudie zur Etablierung einer Pyrolyse-Anlage im Kreis Coesfeld**Beschluss:**

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag folgenden Beschlussvorschlag:

Der Kreistag beauftragt die Verwaltung, unter der Voraussetzung einer mindestens 50 % Förderung eine Machbarkeitsstudie „Pyrolyse“ zu initiieren. Dabei sollten Insbesondere die folgenden Themenfelder untersucht werden:

- Beschreibung der im Kreis Coesfeld technisch anwendbaren Pyrolyseverfahren;
- Identifikation des im Kreis Coesfeld für Pyrolyse nutzbaren Biomassepotentials (z. B. Klärschlamm, Straßenbegleitgrün, Pferdemist u. a.) unter Bewertung dessen Schadstoffgehalts;
- Ausschluss solcher Biomassen, die in bestehenden Vergärungsanlagen wie etwa in Coesfeld-Höven für den Klimaschutz effektiver genutzt werden können;
- Prüfung von Referenz-Anlagen oder Anlagenkonzepten auf ihre Anwendbarkeit im Kreis Coesfeld;
- Abschätzung und Bewertung des effektiven CO₂-Bindungspotentials und der regionalen Absatzmöglichkeiten der Endprodukte;
- Abschätzung und Bewertung der Kosten und der Wirtschaftlichkeit einer Pyrolyseanlage.

Für die Studie werden finanzielle Mittel in Höhe von maximal 8.500 € zur Verfügung gestellt.

Form der Abstimmung: offen per Handzeichen

Abstimmungsergebnis: einstimmig

TOP 16 öffentlicher Teil

SV-10-0856

T612 Ortsverkehr Senden: Wechsel des Linienbündels**Beschluss:**

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag folgenden Beschlussvorschlag:

1. Das in der Anlage 1 dargestellte neue Linienbündelungskonzept sowie die als Anlage 2 beige-fügte aktualisierte Linienübersicht des Linienbündels COE 1 werden als Teil des Nahverkehrs-planes Kreis Coesfeld beschlossen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, diese Änderungen der Bezirksregierung Münster mitzuteilen und entsprechend zu veröffentlichen

Form der Abstimmung: offen per Handzeichen

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Anmerkung:

Die genannten Anlagen wurden zusammen mit der Sitzungsvorlage allen Kreistagsabgeordneten zur Verfügung gestellt. Sie werden daher nur noch dem Original dieser Niederschrift beige-fügt.

TOP 17 öffentlicher Teil

SV-10-0841

Weiterentwicklung des ÖPNV und Nachhaltige Pendlermobilität; Teilnahme am Wettbewerb "ways2work" des Ministeriums für Umwelt, Naturschutz und Verkehr des Landes NRW:

Kreisdirektor Dr. Tepe erläutert, dass im Rahmen des Wettbewerbs „ways2work“ das Standbein der Pendlermobilität forciert werden solle. Hierzu hätten sich der Kreis Coesfeld sowie die Stadt Münster gemeinsam beworben. Unterjährig solle ein Transfer von Informationen und Bausteinen an die Kommunen im Kreis erfolgen.

Man sei guter Hoffnung, den Zuschlag zu erhalten. Dies würde auch einen Schub zur Erreichung der gesetzten Klimaschutzziele darstellen.

Beschluss:

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag folgenden Beschlussvorschlag:

1. Der Kreis Coesfeld bewirbt sich für die Teilnahme am Projekt „ways2work“ des Landes NRW und stellt für den Fall einer erfolgreichen Bewerbung Haushaltsmittel i.H.v. 12.500 Euro zur Verfügung, wobei nach Abzug einer 80%-Förderung ein Eigenanteil von 2.500 Euro verbleibt.
2. Der Kreis Coesfeld koordiniert im Rahmen der Weiterentwicklung des ÖPNV diese mit den

dargestellten Maßnahmen.

3. Zur Erfüllung der Aufgaben wird eine Vollzeitkraft im Rahmen einer zunächst auf zwei Jahre angelegten Projektstelle eingestellt.

Form der Abstimmung: offen per Handzeichen

Abstimmungsergebnis: einstimmig

TOP 18 öffentlicher Teil

SV-10-0847

Einführung eines Deutschlandtickets und Auswirkungen auf bestehende weitere Tarifprodukte

Landrat Dr. Schulze Pellengahr äußert, dass hinsichtlich der bisherigen Umsetzung des Deutschlandtickets noch eine relevante Anzahl offener Rechtsfragen bestehe. Hierbei weist er insbesondere auf bisher noch ungeklärte Haftungsfragen hinsichtlich der Finanzierung des Deutschlandtickets ab dem Jahr 2024 hin. Hierzu hätten der Bund sowie das Land eine Nachschusspflicht bislang noch nicht zugesagt. Über die für 2024 zur Verfügung gestellten Finanzmittel hinausgehende anteilige Aufwendungen des Kreises könnten nicht allein durch die Kreisumlage finanziert werden. Er richte daher einen Appell an den Bund und das Land, die bestehenden offenen Rechtsfragen zu klären. Auch habe er sich zur Beschlussfassung eine bessere Vorbereitung und Informationslage erhofft. Dennoch müsse die Thematik weiter bearbeitet werden.

Beschluss:

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag folgenden Beschlussvorschlag:

1. Die Einführung eines Deutschlandtickets zum 01.05.2023 wird für den Zeitraum einer vollständigen Refinanzierung durch Bund/Land zustimmend zu Kenntnis genommen.
2. Der Kreis wird sich in den Gremien der Tariforganisationen sowie des Landkreistags für eine „Nachschusspflicht“ von Bund/Land für den Zeitraum ab dem 01.01.2024 einsetzen.
3. Der Sachstand zur Weiterentwicklung des Schülertickets wird zur Kenntnis genommen.
4. Der Kreis Coesfeld bezuschusst als Arbeitgeber das JobTicket für Mitarbeitende der Kreisverwaltung Coesfeld unter den für das DeutschlandTicket geltenden neuen Rahmenbedingungen.

Form der Abstimmung: offen per Handzeichen

Abstimmungsergebnis: einstimmig

TOP 19 öffentlicher Teil

SV-10-0781

Übernahme einer Ausfallbürgschaft zugunsten der Regionalverkehr Münsterland GmbH**Beschluss:**

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag folgenden Beschlussvorschlag:

Der Kreis Coesfeld übernimmt die Ausfallbürgschaft für Zins- und Tilgungsverpflichtungen aus dem Darlehen der Regionalverkehr Münsterland GmbH (RVM) bis zu einem Höchstbetrag von 1 Mio. € einschließlich Nebenleistungen.

Es wird eine Avalprovision i. H. v. 0,5 v. H. vom jeweiligen Restkapital zum Jahresende festgesetzt.

Form der Abstimmung: offen per Handzeichen

Abstimmungsergebnis: einstimmig

TOP 20 öffentlicher Teil

SV-10-0790

Kapitalerhöhung verbunden mit einer Satzungsänderung bei der Tarifgemeinschaft Münsterland - Ruhr-Lippe GmbH aufgrund des Beitritts des Kreises Steinfurt

Landrat Dr. Schulze Pellengahr betrachte den Beitritt des Kreises Steinfurt als positives Signal, damit die Region geschlossener auftrete.

Beschluss:

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag folgenden Beschlussvorschlag:

1. Der Kapitalerhöhung verbunden mit einer Satzungsänderung bei der Tarifgemeinschaft Münsterland – Ruhr-Lippe GmbH aufgrund des Beitritts des Kreises Steinfurt wird entsprechend dem beigefügten Entwurf zugestimmt.
2. Kreisdirektor Dr. Tepe wird zum Vertreter des Gesellschafters Kreis Coesfeld in der Gesellschafterversammlung der Tarifgemeinschaft Münsterland – Ruhr-Lippe GmbH bestellt.

Form der Abstimmung: offen per Handzeichen

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Anmerkung:

Die genannten Anlagen wurden zusammen mit der Sitzungsvorlage allen Kreistagsabgeordneten zur Verfügung gestellt. Sie werden daher nur noch dem Original dieser Niederschrift beigefügt.

TOP 21 öffentlicher Teil

SV-10-0785

Wahl der Vertrauenspersonen für die Wahl der Schöffinnen, Schöffen, Jugendschöffinnen und Jugendschöffen für die Amtsgerichte Coesfeld, Dülmen und Lüdinghausen

Ktabg. Schäfer erklärt sich für die Abstimmung als befähigt.

Beschluss:

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag folgenden Beschlussvorschlag:

Als Vertrauenspersonen für die Wahl der Schöffinnen, Schöffen, Jugendschöffinnen und Jugendschöffen werden die in der beigefügten Aufstellung genannten Personen gewählt.

Form der Abstimmung: offen per Handzeichen

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Anmerkung:

Die genannte Anlage wurde zusammen mit der Sitzungsvorlage allen Kreistagsabgeordneten zur Verfügung gestellt. Sie wird daher nur noch dem Original dieser Niederschrift beigefügt.

TOP 22 öffentlicher Teil

SV-10-0786

Genehmigung einer Dienstreise für die Teilnahme an einer Delegationsreise nach Riga vom 12. bis 15. Juni 2023

Stv. Landrätin Selhorst erklärt sich für befangen.

Ktabg. Kleerbaum erkundigt sich, ob man für solche Sachverhalte eine generalisierende Regelung finden könne.

Landrat Dr. Schulze Pellengahr äußert, dass hierzu voraussichtlich eine Änderung der Hauptsatzung notwendig werden würde. Dies werde entsprechend geprüft.

Beschluss

Der stellvertretenden Landrätin Selhorst wird die Teilnahme an der Delegationsreise nach Riga vom 12. bis 15. Juni 2023 als Dienstreise genehmigt und die Übernahme der Fahrt- und Übernachtungskosten erklärt.

Form der Abstimmung: offen per Handzeichen

Abstimmungsergebnis: einstimmig

TOP 23 öffentlicher Teil

SV-10-0826

Satzung des Kreises Coesfeld über die Benutzung des Rettungsdienstes und die Erhebung von Gebühren für das Jahr 2023**Beschluss:**

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag folgenden Beschlussvorschlag:

Die im Entwurf beigefügte Satzung über die Benutzung des Rettungsdienstes und die Erhebung von Gebühren wird beschlossen.

Form der Abstimmung: offen per Handzeichen

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Anmerkung:

Die genannte Anlage wurde zusammen mit der Sitzungsvorlage allen Kreistagsabgeordneten zur Verfügung gestellt. Sie wird daher nur noch dem Original dieser Niederschrift beigefügt.

TOP 24 öffentlicher Teil

SV-10-0825

Änderung des Rettungsdienstbedarfsplans

Landrat Dr. Schulze Pellengahr erläutert, dass man mit den Kostenträgern im ständigen Austausch stünde. Es sei eine steigende Tendenz von Rettungseinsätzen zu verzeichnen, weshalb die Änderung des Rettungsdienstbedarfsplans auch von den Kostenträgern mitgetragen werden würde.

Beschluss:

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag folgenden Beschlussvorschlag:

1. Die Änderung für den Bedarfsplan für den Rettungsdienst des Kreises Coesfeld wird beschlossen.
2. Die Verwaltung wird mit der Umsetzung des Bedarfsplans beauftragt.

Form der Abstimmung: offen per Handzeichen

Abstimmungsergebnis: einstimmig

TOP 25 öffentlicher Teil

SV-10-0846

Stellenplan 2023 – Aufhebung eines Sperrvermerkes

Beschluss:

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag folgenden Beschlussvorschlag:

Der Sperrvermerk bei der Stelle 510-1-109 wird aufgehoben

Form der Abstimmung: offen per Handzeichen

Abstimmungsergebnis: einstimmig

TOP 26 öffentlicher Teil

Mitteilungen des Landrats

Landrat Dr. Schulze Pellengahr informiert die Ktabg., dass die Genehmigungsverfügung des Haushalts 2023 des Kreises Coesfeld durch die Bezirksregierung heute eingegangen sei. Die entsprechende Verfügung werde den Ktabg. zur Kenntnis übersandt.

Anschließend erörtert Kreisdirektor Dr. Tepe anhand einer tabellarischen Darstellung die Sonderzahlungen im Zusammenhang mit der Corona-Krise bzw. den Folgen des Ukraine-Krieges in den Haushaltsjahren 2022/2023.

Die genannte tabellarische Darstellung ist dieser Niederschrift als Anlage beigefügt.

TOP 27 öffentlicher Teil

Anfragen der Ausschussmitglieder

Ktabg. Danielczyk erkundigt sich, wann mit der Fertigstellung der Lippebrücke Ahsen zu rechnen sei.

Landrat Dr. Schulze Pellengahr teilt mit, dass man nach aktuellem Stand von einer Fertigstellung der Brücke zu Ende April des Jahres ausgehe.

Ktabg. Vogelpohl fragt, ob der Kreis Coesfeld über Liegenschaften verfügt, für die eine Förderung durch das Programm progres.nrw nutzbar sei.

Kreisdirektor Dr. Tepe antwortet, dass hinsichtlich einer Förderung durch das Programm zurzeit eine Überprüfung der Liegenschaften des Kreises Coesfeld erfolge.

Dr. Schulze Pellengahr
Landrat

Vöcking
Schriftführer